

EU-VERTRAGSÄNDERUNG: LÖST KANZLER SEIN VERSPRECHEN EIN?

EU und Euro: Wo bleibt die Volksabstimmung?

Der EU-Vertrag von Lissabon wird in einem wichtigen Punkt geändert. Die Euro-Länder zahlen viele Milliarden an Steuergeldern ein, um ihre Banken vor dem Zusammenbruch zu retten.

Bundeskanzler Faymann hat 2008 versprochen, das Volk über jede wichtige Änderung abstimmen zu lassen. Dieser Fall ist nun eingetreten. Eine Volksabstimmung ist notwendig. Aber Faymann hat sein Versprechen „vergessen“. Österreich muss 2,2 Milliarden Euro in den Topf einzahlen, der für die Unterstützung von Pleiteländern bestimmt ist. Dazu kommen Bürgschaften in der Höhe von 17,3 Milliarden Euro.

Außerdem verpflichtet sich Österreich, das Pensionssystem „anzupassen“ und Gesundheits- und Sozialsysteme herunterzufahren.

Eigentlich müsste Feuer am Dach sein. Die Bundesregierung und Bundeskanzler Faymann haben aber beim EU-Gipfel im März das alles mitbeschlossen und vollstrecken nun brav die Vorgaben der EU-Währungshüter.

Die Banken werden gerettet, wenn Griechenland, Portugal oder Irland zusammenbrechen. Zahlen müssen das die arbeitenden Menschen – und zwar in ganz Europa.

Einmal mehr werden die riesigen Forderungen der Banken der kerneuropäischen Länder abgesichert, die sie bis zu Beginn der Krise den Staaten, Unternehmen und Privatpersonen in der europäischen Peripherie gewährt hatten.

Die Belastungspakete in Bund, Land und Gemeinden hängen eng mit diesen Milliarden geschenken an die Banken zusammen. Die Schulden des Staates steigen deshalb so stark

an, weil man Riesensummen aufgenommen hat, um die Banken zu retten – und damit auch die Millio-nengehälter der Manager.

Die „Rettung“ von Griechenland, Irland und Portugal hat dazu geführt, dass die Wirtschaft eingebrochen ist, weil die Leute nichts mehr kaufen können. Der Euro-Pakt wird mit der „kleinen“ Vertragsänderung zum Teil der Verfassung der EU. Und darüber soll keine Volksabstimmung möglich sein?

Die KPÖ fordert jedenfalls von Bundeskanzler Faymann: Er soll sein Versprechen halten und das Volk befragen.



EURO-STEUER

Mit neuen EU-Steuern will Haushaltskommissar Janusz Lewandowski die Mittel der Union deutlich erhöhen. Der Anteil der eigenen Steuern sollte von derzeit einem Zehntel auf ein Drittel des gesamten Finanzbedarfs von rund 120 Milliarden Euro im Jahr steigen. Die KPÖ lehnt diese Zusatzsteuer ab!

Aus Straß in den Krieg?

Steirische Soldaten könnten in den Libyen-Krieg verwickelt werden. Der Ministerrat hat grünes Licht für den Einsatz gegeben. Die KPÖ protestiert.

Seit 1.1.2011 steht eine 180 Personen umfassende österreichische Bundesheereinheit bereit, um als Teil einer sogenannten „Battlegroup“ auch in kriegerischen Handlungen eingesetzt zu werden. Ausgebildet wurde dieser Verband in der Kaserne Straß. Diese EU-Kampftruppen stehen für Angriffskriege der EU in den rohstoffreichen Regionen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens bereit.

Die steirische KPÖ betrachtet diese „Schlachtgruppen“ als neutralitätswidrig. Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Das neutrale Österreich sollte seine Stimme für den Frieden und für einen Waffenstillstand in Libyen erheben, statt sich in ein Kriegsabenteuer zu stürzen.“



www.volkshilfe.at

für industrie und banken millionen fix – für die pflege gibt es nix?

Pflegesicherung jetzt!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur
- entlastet die Gemeinden

volkshilfe. 